

# Salle'sche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 304.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Druckerei für Halle und Magdeburg 250 Stk., durch die Post bezogen 3 Stk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratz's-Verlag: Halle'scher Courier (tägl. Heftausgabe). All. Unterhaltungsblatt (Sonntagsheft), Romm. Witzblätter.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die festgesetzte Zeit für den Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pf., auswärts 30 Pf. Resten am Schluß des redaktionellen Teils die Stelle 100 Pf. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Verlagsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße 87, Anstaltshaus, Eingang Nr. 2, Telephon 155; Redaktions-Telephon 1278. Verleger: Dr. Walter Gedenleben in Halle a. S.

Sonnabend, 1. Juli 1911.

Gedächtnisfeier in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

### Wo liegen die Grenzen?

Unabsehbar ist die Zahl der sozialpolitischen Anregungen und Gesetze, die seit Bismarcks Tagen in Deutschland gegeben worden sind. Ausnahmslos der Arbeiterversicherung durch Vergrößerung der Leistungen, durch die Witwen- und Waisenversorgung, durch die Privatbeamtenversicherung, durch Arbeitslosenversicherung; Verstaatlichung oder Kommunalisierung der Arbeitsvermittlung, Schaffung neuer Organe zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten, Einführung von Tarifverträgen in allen Produktionszweigen, gesetzliche Regelung der Affordarbeit, Schutz der Heimarbeit, weitere Vertiefung der Arbeitszeit unter Führung der staatlichen und kommunalen Betriebe; Verstaatlichung und Kommunalisierung ganzer Produktionszweige; Kommunalisierung des städtischen Wohnens, Reform des gesamten Wohnungswesens; tiefgreifende Steuerreformen zur Anbahnung einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung (Steuerprojet, höhere Besteuerung des hohen Einkommens usw.); allmähliche Annäherung des privaten Arbeitsverhältnisses an dasjenige staatlicher Beamten u. a. m. Nicht zu vergessen die unübersehbaren Maßnahmen der privaten, freiwilligen Wohlfahrtspflege. Sind wir nun imstande, ja handeln wir zum Segen und Wohle der Gesamtheit, wenn dieses ungeheure Tempo unserer Sozialpolitik beibehalten wird? Das ist wohl mit die schwerste und wichtigste Frage der Gegenwart. Sehr viele unserer Reformer nehmen, wie Professor Ehrenberg dieser Tage in Eisen ausführte, wenig Rücksicht auf die Durchführbarkeit ihrer Vor schläge, noch weniger darauf, ob ihre Durchführung nicht schlimmere Uebel zur Folge haben muß, als diejenigen sind, die jetzt bekämpft werden. Das bloße Wollen und Streben nach Vervollständigung des jetzigen Zustandes wird schon als höher Idealismus gefeiert. Was soll immer ist; immer mehr Volksgruppen betreffen sich an dem Kampf um den Gütermarkt, in dem ungeliebten Kampf, wie sie bedenklicher nicht gedacht werden können. Jedes Mittel gilt als erlaubt im „sozialen“ Interesse. Aller Mut der eigenen Überzeugung, alles selbständige Denken droht in diesem Treiben unterzugehen. Und was vielleicht das Schlimmste ist: die Gefahr wird immer größer, daß selbst die besten durchführbaren sozialreformatorischen Gedanken untergehen in dem Gedränge der allzuwilden, die nicht durchführbar sind, daß sie verdrängt werden von dem im Stillen stark wachsenden Widerwillen gegen das ganze Treiben. Der einzelne erwartet zuviel vom Staat und von der öffentlichen Meinung, überhaupt von besonderen Programmen und sonstigen Veranlassungen und zu wenig von der eigenen Kraft. Hierdurch werden gerade diejenigen Eigenschaften geschädigt, durch welche Deutschland Volkswohlstand erkämpfen ist: Fleiß, rastloses Streben, vorkämpig kommen, Lüstigkeit zu leisten. Ehrenberg sieht nicht zu, daß der gefährlichste Weg, den unsere Sozialpolitik zu gehen sich anschaut, die Uebertreibungen des Sozialreformalismus schuldig zu machen. Mit Recht betont er, daß mit solchen Grundanschauungen, wie „ausgleichende Gerechtigkeit“, „Anteil an Produktionsvermögen“, „Anspruch auf Teilnahme an allen Gütern der Kultur“ usw. sich alles, ja jede noch so übertriebene Forderung begründen läßt. Ein Fehler der Grundanschauungen liegt auch in dem Bestimmtheit der Beurteilung der bestehenden Verhältnisse. Daß sozial schon in kurzer Zeit gegeben ist, wird nicht beachtet und man glaubt umgekehrt trotzdem, immer mehr und radikalere Änderungen des Bestehenden könnten auszuführen. Ein dritter Grundfehler — eng damit zusammenhängend — ist der Doktrinarismus und Dogmatismus. Früher ging man aus von der Anschauung, daß das Selbstinteresse schon ganz automatisch das Gemeinwohl befördert; jetzt umgekehrt von einem abstrakt gefaßten Gemeinwohl, das gar nicht näher und tiefer begründet ist. Für die Zukunft unserer sozialen Sozialpolitik stellt Prof. Ehrenberg als Richtschnur auf: der Staat soll als Zwangsgemeinschaft nur dasjenige tun, was unerlässlich ist im Gemeininteresse; weit weniger als die freie Tätigkeit der Einzelnen. Wenn die Volkswirtschaft nachweisbar zurückgeht, wie durch die Handelskrisis, so muß der Staat einschreiten; ebenso gegen Kinderarbeit, gegen solche Frauenarbeit, welche die Gesundheit der kommenden Geschlechter gefährdet. Ebenso gegen die Heimarbeit, ohne aber das Familienleben der Heimarbeiter durch die erforderliche Kontrolle unheilbar zu schädigen oder ungebührliche Aufwendung an Kraft und Kapital zu erfordern, ohne entsprechenden Erfolg. Für die freie Tätigkeit der Gesellschaft sind die Grenzen sehr viel weiter gezogen als für den Staat. Unheil kann lange nicht so leicht erwachen. Hier geschieht bereits unendlich viel, kann aber sicher noch mehr geschehen, namentlich als Wohlfahrtspflege. So Prof. Ehrenberg. Es wäre zu wünschen, daß einzelne unserer Reformen denselben Mut zur Überzeugung betätigen und ebenfalls die Gefahr nicht verkennen möchten, die für ein Volk darin liegt, daß durch

eine falsche Fürsorge der Fried zum Weiterkommen nicht erlischt und die kräftigende Wirkung des Kampfes ums Weisheit nicht verdrängend eingeschränkt werden möge.

### Deutsches Reich.

\* **Röm. Kaiserpaar.** Aus Travemünde wird gemeldet: Seine Majestät der Kaiser ging am Freitag um 7 Uhr von dem „Meteor“ und begab sich an Bord der „Sohenzollern“, die inzwischen eingetroffen war und auf der Keesde Anker geworfen hatte. Der Kriegsminister von Seevingen sowie der Chef des Militärkabinetts Freiherr von Lyncker sind zum Vortrag beim Kaiser hier eingetroffen und haben sich an Bord der „Sohenzollern“ begeben. — Ihre Majestät die Kaiserin ist in Begleitung der Prinzessin Viktoria Luise, von Ebernburg kommend, Freitag abend 8 Uhr 7 Min. auf der Fährkation Wilhelmsufer eingetroffen und hat sich ins Neue Palais begeben.

\* **Prinz Joachim von Preußen,** der jetzt zum Oberleutnant befördert worden ist, hat nach der Hausordnung des preussischen Königshauses ein Leutnantspatent von seinem sechsten Geburtstage, dem 17. Dezember 1900; er hat sich also 10½ Jahre in dieser Stellung befinden, während die Beförderung zum Oberleutnant im preussischen Heere jetzt nach 9 Leutnantsjahren erfolgt. Im Leutnantsdienstgrade befinden sich zurzeit noch die drei Söhne des Prinzen Friedrich Leopold und der jüngere Sohn des Prinzen Heinrich, Prinz Sigismund. Oberleutnants sind noch die Prinzen Oskar und Waldemar; Hauptleute bezw. Kapitänleutnants die Prinzen Waldemar und August Wilhelm; Majore der Kronprinz, Prinz Eitel Friedrich und Prinz Friedrich Wilhelm, gegenwärtig Verwalter des Landratsamts Frankenstein; Generalobersten sind Prinz Heinrich und Prinz Friedrich Leopold; erzieher, der den Rang eines Generalleutnants hat, ist zugleich Großadmiral der deutschen Flotte.

\* **Aus der Diplomatie.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ meldet: Die Attache in Buenos Aires, Herr Graf v. Dönhoff, v. Garzorz, v. Schaffhausen, Dr. jur. Frey, Herr v. Reiser und Dr. jur. von Wittich und Caffron haben kürzlich das diplomatische Examen bestanden und sind zu Legationssekretären ernannt worden. Graf v. Dönhoff hat den Posten des Legationssekretärs bei der Kaiserlichen Gesandtschaft in Buenos Aires, Dr. v. Wittich denjenigen des dritten Sekretärs bei der Kaiserlichen Botschaft in St. Petersburg bestanden; über die Verwendung der drei jüngeren jungen Diplomaten wird noch Bestimmung getroffen werden.

\* **Mets-Quellwasser.** Am 16. Juni, dem 40jährigen Gedächtnistage des Einmarsches der sibirischen Truppen in Berlin, waren auch vierzig Jahre seit dem Tage vergangen, an dem 43 höhere preussische Offiziere für tapferes Verhalten und verdienstvolle Tätigkeit den erbliehen Adel erhielten. Von diesen dürfte der einzige noch lebende in Wiesbaden wohnende General der Artillerie 3. D. Wilhelm von Soerster, der Major in der 10. Feldartillerie-Brigade war und sich den Orden pour le mérite erworben hat. Nachkommen der damals Gebliebenen gehören noch vierzehn dem preussischen Heere an; so wurde z. B. der Vater des jetzigen Kommandeurs der 94. Artillerie-Brigade, Generalmajor v. Holmann, als Führer der 3. Infanterie-Brigade an jenem Tage geblieben.

\* **Das königliche Staatsministerium** trat am Freitag an einer Sitzung zusammen. \* **Ueber die letzte Sitzung des Abgeordnetenhauses** wird folgendes in der „Liberalen Presse“ ein großes Gewicht gemacht. Besonders wird der Zutritt des Abgeordneten von Pappenheim mit großem Interesse hervorgehoben. „Wenn sich die bürgerliche Linke darüber ärgert und erweist, daß der Abgeordnete v. Pappenheim dem Reichstag, sie feste unter der geistigen Leitung des „Genossen“ Hoffmann, so begreifen wir das. Dem gefaßten konzentrierten Führer ist hier offenbar ein Ungenauigkeit in der Sache. Denn es gibt für Parteien keine eine mehrschichtige Fraktion, als unter der Leitung einer solchen Persönlichkeit zu stehen. Aber so war die Bemerkung des Herrn v. Pappenheim wohl auch kaum gemeint. Sie hat wohl nur betonen sollen, die bürgerliche Linke laufe sich von der durch Hoffmann geleiteten sozialdemokratischen Fraktion beeinflussen. Und das ist nicht zu befechten.“

\* **Das preussische Abgeordnetenhaus** will sich der Stadt Wolfen gegenüber für die gewählte Golltreuefraktion erkenntlich zeigen. Wie bekannt, soll dem Stadt Rat in den Sitzungsstunde der Stadtverordnetenversammlung ein in Wolfen gemaltes Bildnis des Kaisers geschenkt werden. Die Kosten sollen sich auf 1500—1800 Mark belaufen. Der Betrag wird durch einen von jedem Reichstagsmitglied zu zahlenden Beitrag von 12 Mark gedeckt werden.

\* **Kinder- und Kinematographische Schaulustungen.** Auf Anordnung der Zentralinstanz ist den Polizeibehörden die Möglichkeit gegeben worden, in Ansehung der Zulassung jugendlicher Personen zu öffentlichen Kinematographischen Schaulustungen geneigt, also durch Ortspolizeibehörden, Bestimmung zu treffen, welche Kinder und Kinematographien die Erlaubnis zur Filmvorführung in der Provinz zu erlangen, daß sie das in Berlin bereits erfolgte Verbot beheim-

lichen. Am die Ortspolizeibehörden in den Stand zu setzen, sich bei der Prüfung ihnen vorgelegter Filmbilder bezüglich der Verfassung zu beschaffen, und ein Verbot der Berliner Zentralpolizeibehörde vorliegt, wird in Zukunft zweimal wöchentlich in dem „Preussischen Zentralpolizeiblatt“ eine Liste der in Berlin veröffentlichten Filmbilder veröffentlicht werden. Durch Übertragung dieser Liste in ein alphabetisch geordnetes Kartenregister können sämtliche Polizeiverwaltungen sich über die Berliner Verbote auf dem Laufenden erhalten.

\* **Der deutsch-japanische Handelsvertrag.** Ueber den am 24. d. Mts. unterzeichneten deutsch-japanischen Handelsvertrag schreibt man uns: Es sind zwei Abkommen, ein Handels- und Schiffahrtsvertrag und ein Zollvereinbarung, dem Entwurf von Eigentum, der Schutz der Schiffahrtsvertrag, der am 24. d. Mts. abgeschlossen wurde, ist ein alphabetisch geordnetes Kartenregister können sämtliche Polizeiverwaltungen sich über die Berliner Verbote auf dem Laufenden erhalten.

\* **Das italienische Lebensversicherungsmonopol** und die deutschen Interessen. In Berlin am 30. Juni die Konstituierung eines Verbandes statt, der den Zweck haben soll, die deutschen Lebensversicherungsvereinigungen und alle diejenigen Unternehmungen wie Einzelpersonen, deren Eigentum durch die beabsichtigte Einführung des italienischen Staatsmonopols für die Lebensversicherung gefährdet ist, zu einem gemeinsamen Vorgehen zu sammeln. Der Verband beabsichtigt, zunächst sich in einer eingehend begründeten Darstellung an die deutsche Reichsregierung zu wenden und um Wahrung der deutschen Interessen zu bitten.

\* **Dr. Karl Peters über die Südwestafrika.** Ueber die wirtschaftliche und politische Entwicklung von Deutsch-Südwestafrika fällt Dr. Karl Peters folgendes pessimistisches Urteil:

„Die ersten Entdeckungen der Diamanten waren im Mai 1901 an der Bahn Lüderitzbucht—Keetmanshoop gemacht, und weitere folgten auf Schlag. Dies war zur Zeit, als Herr Dr. Peters in Südwestafrika herumreiste und seine Beschäfte in Berlin machte, die Kunde seiner Entdeckung der Diamanten im Namen. Aber, wenn dies auch über Ziel hinausging, so mußte der ehemalige Reichs- und Westafrika sich den glücklichen Zufall schnell zunutze zu machen. Er richtete sich die Regie ein, die einen Ausbruch von 30% v. S. ad valorem für den Fiskus erhob. Dies ist zwar keine liberale Wirtschaftspolitik, aber es gab Gelegenheit zu anderen Gründungen, und da vor Herr Dr. Peters augenscheinlich in seinem eigentlichen Element. Verbordnungen und Gesetze sagten einander. Die Deutsch-Südwestafrika augenscheinlich zur Folge hatte, daß der Hauptgegenstand der Förderung nicht Deutsch-Südwest, sondern internationalen Finanzgruppen zugute kommt, denen das Land etwa so gleichgültig ist, wie Südrussien im Land; so hat jene Eisenbahnpolitik augenscheinlich nicht genügend die wirtschaftlichen Möglichkeiten der zu erschließenden Gebiete ins Auge gefaßt. Willig weggeschmissenes Geld soll z. B. die Strecke Swakop—Kalfontien darstellen. Dadurch wird zwar, durch die jährliche Veranschlagung großer Geldsummen, ein wirtschaftliches Schweben der Eisenbahnwerke gegeben, aber es ist kurzzeitig und muß mit dem Aufbruch der Eisenbahnen aufhören, wie wir das mit Veitza erlebt haben. Das wird dann einem unglücklichen Nachfolger Dornbergs aufgefällt; nicht aber dem genialen Gründer des Schyems.“

Wenn ein wirklicher Kaufmann mit weitem Blick dies Geschäft übernahm, hier würde er zunächst seinen Wandel einleiten lassen. Er würde den Behörden den Rest der einzelnen Persönlichkeit einleiten. Er würde die Reichsregierung hinterlassen in den Mittelpunkt alles Handels und Verkehrs wie einen rocher de bronze. Er würde penibelste Sparfamkeit in den finanziellen Ausgaben einbringen. Und hierfür wird es in ausgedehnter Weise der Prinzip der Selbstverwaltung mit Ehrenämtern durchzuführen. Der Anschluß an die Südafrikanische Union liegt heute noch nicht im Bereich politischer Möglichkeiten. Aber die Staatsmannschaft in der Westafrika muß von Anfang an mit der Möglichkeit solcher Verhältnisse rechnen und demgemäß ihre Politik einrichten. Wenn sie das nicht tut, so muß sie darauf hingearbeitet werden, das Deutsche Reich muß alles tun, um Südwestafrika zu den Kolonisten zu machen, anstatt es ihnen zu überlassen. Für Deutschland aber hoffe ich, daß es eine wirtschaftliche Kolonialpolitik treiben lerne und sich andere Länder anerkennen lassen, die ihnen es wirtschaftliche Überbaukolonien schaffen kann.“





